

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Kristian Ronneburg (LINKE)

vom 10. Februar 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. Februar 2020)

zum Thema:

Ambulante Versorgung in Marzahn-Hellersdorf (II)

und **Antwort** vom 26. Februar 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 03. März 2020)

Herrn Abgeordneten Kristian Ronneburg (Linke)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/22606

vom 10. Februar 2020

über Ambulante Versorgung in Marzahn-Hellersdorf II

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie stellen sich die Versorgungsgrade der Arztgruppen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf im Jahre 2019 dar (siehe Antwort auf Drs. 18/18697)?

Zu 1.:

Die voraussichtlich bestehenden Versorgungsgrade der Arztgruppen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf lassen sich der folgenden Tabelle der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin, die auf dem Entwurf des Bedarfsplans, der sich noch im Verfahren der Anpassung an die per 30.06.2019 geänderten Bedarfsplanungsrichtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses befindet, entnehmen:

| Arztgruppe | 01.01.2019 | 01.07.2019 |
|--|------------|------------|
| Hausärztinnen und Hausärzte | 96,0 | 90,6 |
| Augenärztinnen und Augenärzte | 93,7 | 85,4 |
| Chirurginnen und Chirurgen sowie Orthopädinnen und Orthopäden | 111,1 | 106,7 |
| Frauenärztinnen und Frauenärzte | 81,9 | 85,6 |
| Hauärztinnen und Hautärzte | 81,1 | 76,7 |
| HNO-Ärztinnen und HNO-Ärzte | 90,5 | 87,4 |
| Internistinnen und Internisten | 234,6 | 147,7 |
| Kinder- und Jugendpsychiaterinnen sowie Kinder- und Jugendpsychiater | 36,2 | 72,3 |
| Kinderärztinnen und Kinderärzte | 118,9 | 101,0 |
| Nervenärztinnen und Nervenärzte | 90,5 | 86,0 |
| Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten | 68,0 | 73,0 |
| Radiologinnen und Radiologen | 284,0 | 232,6 |
| Urologinnen und Urologen | 107,4 | 94,7 |

Das zum Teil erhebliche Absinken des Versorgungsgrades vom 01.01. zum 01.07.2019 erklärt sich nach Angaben der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin im Wesentlichen durch die Berücksichtigung der mit der Neufassung der Bedarfsplanungsrichtlinie für viele Arztgruppen deutlich abgesenkten allgemeinen Verhältniszahlen sowie mit der Modifikation dieser Verhältniszahlen durch einen mit der Neufassung ebenfalls vorgegebenen regionalen Morbiditätsfaktor.

2. Wie viele Zuzüge von Versorgungsaufträgen in den Bezirk sowie Umzüge von Versorgungsaufträgen aus dem Bezirk wurden seit dem 01.07.2018 genehmigt?

Zu 2.:

Nach Angaben der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin wurden im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (neuere Daten noch nicht verfügbar) 12 Versorgungsaufträge (VZÄ) nach Marzahn-Hellersdorf verlegt. Eine Verlegung vom Bezirk Marzahn-Hellersdorf in andere, geringer versorgte Bezirke wurde für 5 Versorgungsaufträge (VZÄ) genehmigt. Innerhalb des Bezirks haben für 7,5 Versorgungsaufträge (VZÄ) Praxisverlegungen stattgefunden.

3. Wie lauten die Ergebnisse der angekündigten Befragung der Praxen nach dem Stand der Barrierefreiheit (siehe Antwort auf Drs. 18/18697)?

Zu 3.:

An der Mitte 2019 von der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin initiierten fortlaufenden Online-Befragung haben sich nach deren Angaben zum aktuellen Zeitpunkt 1.367 von ca. 6.600 Praxen beteiligt. Danach verfügen 839 Praxen über eine Eignung für Gehbehinderte im Rollstuhl, 410 über eine Ausstattung für Sehbehinderte und 348 über eine Ausstattung für Hörgeschädigte.

Die Online-Befragung wird derzeit im Hinblick auf die im Herbst 2019 von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) übermittelten Hinweise für die gesetzlich geforderte bundeseinheitliche Darstellung der Kriterien der Barrierefreiheit überarbeitet. Eine Befragung nach Angabe der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin auf der Grundlage dieser neuen Kriterien wird nach der technischen Implementierung im Frühjahr 2020 stattfinden.

4. Welche Planungen für die Gründung Medizinischer Versorgungszentren werden aktuell verfolgt?

Zu 4.:

Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung steht einer Gründung kommunaler Medizinischer Versorgungszentren durch die Bezirke aufgeschlossen gegenüber. Die Kassenärztliche Vereinigung Berlin befindet sich zudem nach eigenen Aussagen derzeit in einem internen Diskussionsprozess im Hinblick auf die Möglichkeiten zur Schaffung von Strukturen, die eine Verbesserung der Grundversorgung insbesondere in den geringer versorgten Bezirken zum Gegenstand haben.

Im Zuge dessen werden auch Organisationsformen diskutiert, die dem in den letzten Jahren zunehmenden Trend Rechnung tragen, dass junge Ärztinnen und Ärzte in der ambulanten Versorgung ausschließlich – oder jedenfalls zunächst – im Angestelltenverhältnis und ggf. in Teilzeit tätig werden wollen.

Die Gründungsabsichten für Medizinische Versorgungszentren durch private Träger sind dem Senat nicht bekannt.

Berlin, den 26. Februar 2020

In Vertretung
Martin Matz
Senatsverwaltung für Gesundheit,
Pflege und Gleichstellung